

# BerlinBulletin

Aktuelles aus Regierung und Parlament

V.i.S.d.P: Bernhard Fuhrmann, DLR, VO-PW



## **Bundestag berät über Kraft-Wärme Kopplung**

In der 136. Sitzung hat der Bundestag über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zu mehreren Anträgen ([17/6084](#); [17/3999](#); [17/4492](#)) des Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD über Energieeinsparungen mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) beraten. Nach erster Beratung waren die Anträge an die entsprechenden Ausschüsse (Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (federführend), Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) überwiesen worden.

### ***Energiewende gelingt nur mit KWK***

In einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen ([17/3999](#)) fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, am Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) festzuhalten. Die Regierung soll die KWK als wichtige Effizienz- und Klimaschutztechnologie auch in zukünftigen Energiekonzepten nicht in Frage zu stellen. Die Bundesregierung soll im Jahr 2011 prüfen, ob das Ziel von mindestens 25 Prozent KWK-Strom erreicht werden kann und geeignete Änderungsvorschläge zu unterbreiten, wenn Zweifel an der Realisierung bestehen, fordern die Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die

Grünen. Es gelte besonders zu prüfen, ob die Deckelung der Zuschlagzahlungen über 750 Millionen Euro sich in der Vergangenheit als Investitionshemmnis ausgewirkt habe oder ob eine Ausdehnung der Förderdauer und des Förderzeitraums neue Anreize setzen könne. Außerdem soll die Bundesregierung nach Vorstellung der Fraktionen eine Förderung von fossil betriebenen Kraftwerken ohne Wärmeauskoppelung ausschließen.

In einem weiteren Antrag ([17/6084](#)) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung dazu auf im Rahmen des Gesetzespakets für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie Eckpunkte für eine Novelle des Gesetzes über die Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) vor zu legen. Das KWKG sieht nach Angaben der SPD-Fraktion vor, den Anteil des KWK-Stroms an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland bis 2020 auf 25 Prozent zu verdoppeln und damit 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Emissionen einzusparen. Es sei aber unstrittig, dass dieses Ziel mit dem KWKG nicht erreicht werde. Daher fordert die SPD-Fraktion neben der Erhöhung des Zielwertes von 25 auf 30 Prozent der Stromerzeugung eine Reihe von Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die die effizienteste Nutzung von sowohl fossilen als auch biogenen

Energieträgern darstelle. So soll die Anmeldefrist für die Förderung neuer KWK-Anlagen bis 2020 verlängert werden. Netzbetreiber sollten zum Anschluss dieser Anlagen und zur Abnahme der Energie verpflichtet werden.

### ***Beschlüsse***

Im Anschluss an die Beratung hat der Bundestag am Donnerstag über die Beschlussempfehlungen ([17/6084](#) und [17/4492](#)) des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zu Drucksache [17/7516](#) und Drucksache [17/3999](#) abgestimmt. Die Beschlussempfehlungen wurde mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Für weitere Informationen: Plenarprotokoll [17/136](#) der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 27. Oktober 2011.; Plenarprotokoll [17/78](#) der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 2. Dezember 2011; Plenarprotokoll [17/114](#) der 114. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 2011.

### **SPD-Fraktion will nachhaltige und bezahlbare Mobilität**

Die Bundesregierung soll sich auf EU-Ebene für eine nachhaltige und bezahlbare Mobilität einsetzen. Dies fordern die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP in einem Antrag ([17/7464](#)), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wird.

Weiter soll die Regierung auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips achten. Dies gelte besonders für Maßnahmen, die den nicht grenzüberschreitenden oder städtischen Verkehr betreffen würden. Auch solle die Zu-

ständigkeit für die Verkehrsinfrastrukturplanung in Zukunft allein bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Zudem fordern die Abgeordneten die Regierung unter anderem auf, sich für den Logistikstandort Deutschland und seine Arbeitsplätze einzusetzen und dabei die Bedürfnisse der global wachstumsorientierten Mobilitätsplanung zu berücksichtigen.

Die Fraktionen weisen in ihrer Begründung auf das Weißbuch-Verkehr der Europäischen Kommission hin, in dem eine strategische Neuausrichtung der europäischen Verkehrspolitik bis 2050 vorgenommen werde. Dabei sei die grundsätzliche Zielrichtung einer klaren, einheitlichen und umfassenden Strategie zur Sicherung einer nachhaltigen und effizienten Mobilität zu begrüßen, heißt es in dem Antrag. Neben dem Fokus auf ökologische Nachhaltigkeit müssten für eine zukunftsorientierte EU-Verkehrspolitik unverzichtbare Elemente wie die Finanzierung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten und leistungsfähigen Infrastruktur, die Stärkung der Transporteffizienz, die Barrierefreiheit zur umfassenden Teilhabe aller Menschen sowie die Bezahlbarkeit von Mobilität stärker aufgegriffen werden.

### **Bisher keine Änderungen beim Verkehrs- und Bauetat**

Ohne große Änderung hat am Mittwochabend der Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Haushaltsausschuss passiert. Für den Etatentwurf stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP; die Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen votierten dagegen.

Die Sprecher der Koalition wiesen darauf hin, dass sich bei dem Verkehrs- und Bauetat um

den größten Investitionshaushalt des Bundes handele. Es sei positiv zu bewerten, dass trotz der Sparmaßnahmen wegen der Schuldenbremse noch rund zehn Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden könnten. Trotzdem sei der Etat „strukturell“ unterfinanziert, und das seit mehreren Jahren. Deshalb kündigte die Koalition an, in der sogenannten Bereinigungssitzung am 10. November noch Anträge zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zu stellen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion regte an, dass langfristig, dauerhaft und strukturell mehr in die Infrastruktur investiert werden müsse. Außerdem setze er sich dafür ein, die „wenigen Mittel“ für das Weltkulturerbe nicht auslaufen zu lassen. Der Sprecher der Linksfraktion wies darauf hin, dass der Etat auch viele Querverbindungen zum Energie- und Klimafonds und zum Zwölf-Milliarden-Euro-Programm der Bundesregierung für Forschung und Entwicklung habe. Er kritisierte, dass die Programme für die energetische Gebäudesanierung und die Stadtentwicklung gekürzt worden seien.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist der Etat ein wichtiger Bereich für Klimaschutz und die Energiewende. Der Sprecher setzte sich dafür ein, dass eher in den Erhalt der Straßen investiert werden müsse als in den Neubau. Bundesminister Peter Ramsauer (CSU) betonte den hohen Multiplikatoreffekt bei Investitionen

in die Bereiche Verkehr und Bau. Die Oppositionsfractionen legten zahlreiche Änderungsanträge vor, die von der Koalitionsmehrheit alle abgelehnt wurden.

## **Verbraucherschutz im Umgang mit Nanotechnologie**

Chancen und Risiken der Nanotechnologie lotete der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag aus. Sieben Sachverständige erläuterten ihre Standpunkte zum Thema „Verbraucheraspekte beim Umgang mit der Nanotechnologie“.

Die Verbraucher nur unzureichend geschützt sah Monika Büning von der Verbraucherzentrale Bundesverband: „Das ist ein Problem, weil das Recht auf Wahlfreiheit durch fehlende Kennzeichnung nicht gewährleistet wird.“ Den pauschalen Vorwurf, dass der Bundesverband ein zentrales Register für alle in Umlauf gebrachten Produkte auf Basis der Nanotechnologie fordere, weil die Verbraucher davor gewarnt werden sollen, wies Büning zurück. „Es geht lediglich um Informationen.“ In Frage stellte Monika Büning den sorglosen Einsatz von Nanosilber, der Auswirkung auf die Umwelt und damit unter Umständen auf die Gesundheit der Verbraucher habe. „Als Desinfektionsmittel in Krankenhäusern ist es nötig, aber nicht in jeder Socke oder in Spülmitteln.“

Jurek Vengels vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland forderte eine eigenständige Risikobewertung für Nanoprodukte, die über partielle Betrachtungen hinausgehen müsse. „Die fehlt bisher“, sagte Vengels. Bestehende Gesetze wären zwar geeignet, mit Nanotechnologie versehene Produkte zu bewerten. Aber es würden spezifische Vorgaben fehlen, wie Nanomaterialien zu erfassen seien. Produkte, bei denen es Zweifel gebe, sollten daher unter Umständen wieder vom Markt genommen

werden, solange der Verbraucher keine Wahlfreiheit habe. Auch Vengels forderte wie seine Vorrednerin ein Produktregister und kritisierte, dass „versprochene Durchbrüche“ bisher ausgeblieben seien. Entsprechende Forschungsmittel wären nur zu einem kleinen Teil in für die Gesellschaft nützliche Bereiche - zum Beispiel gegen den Klimawandel - geflossen.

Dr. Hans-Jürgen Klockner vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) erläuterte, dass industriell feinteilige Stoffe seit Mitte des 19. Jahrhunderts hergestellt werden. Auch natürliche Phänomene wie der Lotuseffekt würden auf Nanobasis beruhen. „Die Testung auf gefährliche Eigenschaften muss einzelfallbezogen sein“, sagte Klockner, „denn Nano ist nicht per se gefährlich.“ So würden zum Beispiel in der Kosmetik ohnehin besondere Vorschriften gelten, die Verschärfungen bestehender Gesetze und Verordnungen oder gar ein eignes Nano-Gesetz nicht erforderlich machen würden. Ein „sektorenübergreifendes Register“ lehnte der VCI ab, weil dadurch eine Botschaft der Gefahr gesendet würde. „Außerdem gibt es bereits genügend Informationswege“, so Klockner.

„Neunzig Prozent der denkbaren Anwendungsfelder der Nanotechnologie befinden sich noch in der Grundlagenforschung“, sagte Wolf-Michael Catenhusen, Mitglied im Deutschen Ethikrat. Er machte deutlich, dass eine Risikoforschung betrieben werden müsse, „die auf Fakten und Erkenntnissen beruht, nicht auf Vermutungen“.

„Verbrauchernahe Produktgruppen werden ohnehin kennzeichnungspflichtig sein“, meinte Catenhusen. Produkte, die unmittelbar in Berührung mit den Menschen kommen, würden entsprechend ausgewiesen werden müssen.

Die Toxikologin Prof. Dr. Heidi Foth Institut für Umwelttoxikologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sprach sich dafür aus, dass eine Bewertung von Fall zu Fall vorgenommen werden müsse. „Das Neue der Materialien ist ihre Größendimension“, sagte sie. Diese Stoffe müssen nicht mehr gelöst sein, um in den menschlichen Körper gelangen zu können. Die Nanopartikel würden abgesehen von der Größe auch neue Eigenschaften erwerben, zum Beispiel in der Farbgebung. Für gefährlich schätzte Foth jene Materialien ein, die ungeplant aufgenommen werden könnten.

Für Birgit Huber vom Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel (IKW) stellt die Nanotechnologie kein neues Thema dar. Nach einer seit 2009 geltenden EU-Regelung werde die Anwendung nach Vorschrift umgesetzt. So werde die Sicherheit kosmetischer Fertigprodukte ab 2013 bei Zulassungsverfahren für Stoffe „notifiziert“, die als Nanopartikel gelten. Ohnehin müssten alle Inhaltsstoffe in Kosmetischen Mitteln aufgelistet werden. „Stoffe mit Nanopartikeln werden mit Nano extra gekennzeichnet.“ Nanosilber werde von der Kosmetikindustrie nicht eingesetzt, versicherte sie.

„Aus Sicht der Lebensmittelwirtschaft ist die Nanotechnologie ein in die Zukunft gerichtetes Thema“, bewerte Dr. Sieglinde Stähle vom Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde das Potenzial der Nanotechnologie. Nach ihrer Aussage sei die Anwendung im Bereich der Verpackungsmaterialien von Bedeutung: „Zum Beispiel das Titanitrid als Komponente der PET-Flaschen.“ Als Zusatzstoffe von Lebensmitteln gebe es Anwendungen, „nur in geringem Maße“. Stähle erklärte, dass die Lebensmittelsicherheit immer unabdingbare

Voraussetzung sei. So gelte für die Anwendung der Nanotechnologie ein grundsätzliches Verbot, wenn nicht in einem Verfahren nach behördlicher Prüfung eine Erlaubnis erteilt würde. „Nanozutaten müssen im Lebensmittelbereich mit der Vorsilbe Nano gekennzeichnet werden“, sagte Stähle.

Weitere Informationen erhalten Sie über das Ausschussesekretariat:

elv-ausschuss@bundestag.de

### **Expertenanhörung zu erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern**

Die Nutzung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern war am Mittwoch, 26. Oktober, Thema einer Expertenanhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die sechs Sachverständige Albrecht Kaupp (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ); Adel Khalil (Regional Center for Renewable Energy and Energy Efficiency, Kairo); Daniel Macharia (Global Village Energy Partnership, GVEP) Stephan Opitz (Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW); Paul van Son (Desertec Industrial Initiative GmbH) sowie Volker Wachenfeld (SMA Solar Technology AG). waren geladen.

Der Energiebedarf von Schwellen- und Entwicklungsländern werde sich nach Schätzungen der Internationalen Energie Agentur in den kommenden 20 Jahren mehr als verdoppeln. Begrenzte fossile Energieträger und die Klimakrise würden verdeutlichen, dass dieser Energiebedarf nur durch nachhaltige, saubere und effiziente Energielösungen gedeckt werden kann. Entwicklungsländer bräuchten finanzielle und technische Unterstützung, Know-how und bessere Kapazitäten, um den Wandel zu bewerkstelligen.

Die Nutzung Erneuerbarer Energien in Entwicklungs- und Schwellenländern wird von Experten einhellig begrüßt, wirft aus ihrer Sicht jedoch eine ganze Reihe technischer und entwicklungspolitischer Fragen auf.

Im ersten Teil einer Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ging es am Mittwoch um die Frage, inwieweit die nordafrikanischen Länder von Desertec, einem groß dimensionierten geplanten Solarstrom-Projekt in der Sahara, profitieren können. Im zweiten Teil diskutierten die Abgeordneten mit den Sachverständigen Potenzial und Grenzen kleiner dezentraler und lokaler Energielösungen in Entwicklungsländern.

Paul van Son von der Desertec Industrial Initiative nannte die Gewinnung von Wüstenstrom einen „Motor für eine nachhaltige Entwicklung in Nordafrika und in den Ländern des Nahen Ostens.“ Er verwies auf einen damit verbundenen Technologie- und Know-How-Transfer zwischen Europa und Nordafrika, auf Arbeitsmöglichkeiten beim Bau und Unterhalt der Anlagen für die Bevölkerung, Innovationsimpulse für die Forschung und Einnahmen aus dem Stromexport für die Staaten. Eine eigenständige, sichere und von Öl unabhängige Energieversorgung aus Wüstenstrom biete nordafrikanischen Ländern darüber hinaus bessere Voraussetzungen, um Industrien anzusiedeln, sagte van Son.

Albrecht Kaupp von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) bremste den Optimismus seines Vorredners: Der Export von Solarstrom aus der Region sei beim derzeitigen Stand der Technik nur eine Option für die Länder Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen über Unterseekabel im Mittelmeer. Schwerwiegender noch sei die Frage der Strom-

preise: „Können wir uns Solarstrom zum Eigenverbrauch leisten, ohne vorerst einmal die Stromtarife drastische anzuheben mit allen damit verbundenen politischen Konsequenzen?“ – dies sei die stets wiederkehrende Frage in Gesprächen mit Regierungen und Parlamentariern dieser Länder. Stromsubvention habe eine große Bedeutung in dieser Region, sagte Kaupp. Bevor es also um das Zukunftsprojekt Stromexport nach Europa gehe, müssten zunächst einmal „schlechte Subventionen“ in Öl und Gas in „gute Subventionen“ für Strom aus Erneuerbaren Energien umgeschichtet werden.

Auch Adel Khalil vom Regionalen Zentrum für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Kairo (RCREEE) plädierte für eine Neuausrichtung von Energiesubventionen in den Staaten der Region. Das Projekt einer Energiepartnerschaft zwischen Europa und Nordafrika sei jedoch grundsätzlich eine Win-Win-Situation. Ein Quadratkilometer Wüste biete das Äquivalent von 2 Millionen Barrel Öl. Bau und Unterhalt von Solarkraftwerken würden zwischen drei und zehn Arbeitsplätze pro Megawatt Leistung vor Ort schaffen, sagte Khalil. Allerdings stehe das Projekt vor zwei gewaltigen Herausforderungen: Den „riesigen Investitionsbedarf“ könnten nicht die nordafrikanischen Länder allein stemmen, zum zweiten müsste der Strompreis aus Erneuerbaren Energien in Europa wettbewerbsfähig und zugleich in Nordafrika für die Verbraucher bezahlbar sein.

Stephan Opitz von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) lenkte den Blick auf eine ganz andere Herausforderung: „Mehr als eine Milliarde Menschen hat gar keinen Zugang zu Strom“, 2,7 Milliarden Menschen müssten sich zum Kochen auf Holz oder Dung verlassen.

Dezentrale Solaranlagen, so genannte „Solar-Home-Systems“ würden nur bedingt Abhilfe schaffen. Sie könnten zwar Strom für Licht, Mobiltelefone, Radio oder Fernsehen liefern, kaum aber zum Kochen und zum Heizen verwendet werden oder gar für den Einsatz von Maschinen oder zur Einspeisung ins Stromnetz, um daraus ein zusätzliches Einkommen zu gewinnen. Potenzial liege für „Solar-Home-Systems“ in entlegenen Gegenden ohne Stromversorgung, um dort zum Beispiel die unter dem Strich teureren Dieselgeneratoren zu ersetzen. Größte Hürden stellten die hohen Investitionskosten für die betroffenen Menschen dar sowie ein „fehlender und schwieriger Zugang“ zu Finanzierungsmöglichkeiten, erläuterte Opitz.

Auch Joy Glancy von der Universität Twente (Niederlande) unterstrich diesen Punkt: Vor allem Frauen in Entwicklungsländern verfügten nicht über Landbesitz und damit auch nicht

über Sicherheiten, um Kleinkredite aufzunehmen. Die betroffenen Menschen benötigten finanzielle Hilfen: „Wenn man sich in diesem Bereich nur auf Marktmechanismen verlässt, führt das nicht zum Erfolg“, sagte Glancy. Ausgangspunkt bei entwicklungspolitischer Unterstützung sollte überdies zunächst nicht die Frage sein, welcher Energieträger der nachhaltigste sei, sondern die Frage: „Was sind die Bedürfnisse der Verbraucher vor Ort?“

Volker Wachenfeld von der SMA Solar Technology AG nannte dezentrale Solarstromnutzung bei allen genannten Grenzen als geeignetes Instrument, um „Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten“. Vielversprechend sei etwa der Aufbau lokaler Solarstromversorgungen für ganze Dörfer mit

Mikronetzen. Solche Anlagen hätten den Vorteil, bei Bedarf erweiterbar zu sein, seien wegen der notwendigen Technik zur Speicherung auf die Kilowattstunde heruntergerechnet aber auch teuer. Das Problem sei oft, dass eine Dorfgemeinschaft nicht die Mittel für eine solche Investition aufbringen könne.

Ein Protokoll der Sitzung wird es in zwei Wochen vom Sekretariat des Ausschusses [awz@bundestag.de](mailto:awz@bundestag.de) geben.

### **Parlamentarischer Abend** **Schieneverkehr**

Der Vorstand der Parlamentsgruppe Schieneverkehr im Deutschen Bundestag hat am Donnerstag zum Parlamentarischen Abend zu dem Thema "Leise in Die Zukunft-Lärmvermeidung im Schieneverkehr" eingeladen. Als Sachverständige waren Dr. Peter Füglistaler (Direktor Bundesamt für Verkehr, Schweiz), Dr. Hans-Jörg Grundmann (CEO Industry Sector Mobility Division, Siemens AG) und Prof. Dr. Rainer Guski (Ruhr-Universität Bochum) eingeladen.

Die Verkehrspolitik in Deutschland und Europa setzt sich für eine Verkehrsverlagerung besonders vom Gütertransport auf die Schiene ein. Diese positive Entwicklung wird durch den dadurch erhöhten Schieneverkehrslärms überschattet. Um die Akzeptanz bei den Bürgern zu schaffen ist eine signifikante Reduktion des Schieneverkehrslärms notwendig.

### ***Die Schweiz will GG-Sohle ab 2020 verbieten***

Von einem europäischen Problem, das europäische Lösungen bedarf, sprach der

Schweizer Direktor des Bundesamts für Verkehr, Dr. Peter Füglistaler, in seinem Vortrag "Best practices in der Schweiz". Der Lärm sei die Achillesferse des Schieneverkehrs begann er und stellte zunächst das I. Programm zur Lärminderung im Schieneverkehr vor. In diesem I. Programm verfolgte die Schweiz einen Schrittplan, der sich in drei Prioritäten gliederte: 1. Rollmaterialien, 2. Lärmschutzwände und 3. Schallschutzfenster. Ziel war ein Schutz von 2/3 der Lärmbetroffenen bis 2015. Dafür war ein Kreditrahmen von 1,8 Millionen Franken gewährt worden. Mittels eines Lärmbonus von 5-10% des Trassenpreises total, habe man versucht, Anreize zur Sanierung des Rollmaterials zu schaffen. Mittels Programm I habe man alle schweizer Reisewagen saniert, alle vorgesehenen Güterwagen der SBB, und 30 % der Privatgüterwagen. Darüberhinaus seien bis zum heutigen Zeitpunkt wurden 58% der vorgesehenen Lärmschutzwände gebaut und 72 % der Schallschutzfenster bewilligt. Aufgrund der positiven Kostenentwicklung des Gesamtprojekts von maximal 1,33 Millionen Franken wurde ein Folgeprojekt beschlossen. Programm II beinhaltet zusätzlich zu den Maßnahmen aus Programm I: Bremsumrüstung von ausländischem Rollmaterial, Innovationsförderung, Innovationsbeihilfe, und Schienenschallabsorber. Wichtigste Neuerung ist allerdings das Verbot der GG-Sohle ("Grauguss") ab 2020. Dies sei die einzige Maßnahme die wirklich etwas brächte. Da sich die Schweiz bewußt ist, dass sie keine Insel ist, ist sie sich auch im klaren darüber, dass dies Diskussionen mit der EU erfordert. In diesem Zusammenhang ist auch die zuvor erwähnte Finanzierung von ausländischen Wagen, die häufig die Schweiz passieren, zu sehen. Dr. Peter Füglistaler betonte: "Wir sitzen alle im selben Boot. Wir spielen mit dem Wohlstand von Europa. Wenn wir keine Lösung zur Lärm-

minderung finden, lautet die Frage bald: Wie lang können wir noch auf dem Schienenweg Güter transportieren.“

### **„Glattes Rad auf glatter Schiene lautet die Formel“**

Dr. Hans-Jörg Grundmann, CEO Industry Sector Mobility Division, Siemens AG, betonte in seinem Vortrag zu „Lösungen der Bahnindustrie“, dass die Technik nicht das Problem sei, sondern die große Bestandsflotte.

### **„Lärmschutz sollte nicht nur technisch sondern psychologisch betrieben werden“**

Prof. Dr. Rainer Guski, Fakultät für Psychologie der Ruhr-Universität Bochum, beleuchtete in seinem Vortrag die „Betroffenheit der Bürger“. In seinen Ausführungen zur Forschung zu Schlafstörungen bezog er sich auch die Forschungsergebnisse von elektrophysiologischen Untersuchungen des DLR. Er betonte zudem, die Abhängigkeit von Wahrnehmung und Stärke des Geräuschs von der „Botschaft“, die dieses Geräusch für den Betroffenen hat. Lärmschutz sei zudem auch eine Frage der Kommunikation der Maßnahmen. Demnach sollten Bahnbetreiber offener kommunizieren welche Maßnahmen sie treffen, bereits getroffen haben und welche aus welchen Gründen nicht möglich sind.

### **Telegramm**

… Bündnis 90 / Die Grünen kritisieren in mehreren Anträgen den Regierungsentwurf zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und fordern bessere Lösungen bei der Breitband-Versorgung, echte Netzneutralität und konsequenten Daten- und Verbraucher-

schutz. Auf die Kritik der Oppositionsfraktionen an der fehlenden Universaldienstverpflichtung erwiderte ein Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, darauf sei verzichtet worden, weil man überzeugt sei, dass eine Lösung im Markt die beste Lösung sei. Auch erwarte man, dass die „weißen Flecken“ (Gebiete ohne Breitband-Internetversorgung) verschwinden würden und die Datenübertragungsrate steigen werde. … Die Linke stellt Kleine Anfrage zu deutschen Kapazitäten zur Satellitenaufklärung und ihre Nutzung für internationale Polizei- und Militärmissionen ([17/7392](#)). …

### **Vorschau auf die nächste Sitzungswoche**

…Vorstandsvorsitzender **Prof. Dr.-Ing. Johann-Dietrich Wörner** spricht bei Veranstaltung der SPD Bundestagsfraktion zum Thema „Perspektiven der deutschen und europäischen Raumfahrt – „Quo Vadis deutsche Raumfahrt?“ … Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt veranstaltet 7. Parlamentarischen Wissenschaftsabend norddeutscher Hochschulen… AMS Post-Mission Besuch in Berlin am Bundestag und am Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie … Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterzuentwickeln und mit zu gestalten, ist Ziel eines Antrages der SPD-Fraktion ([17/7360](#)), der zur Beratung in der nächsten Sitzungswoche vorgesehen ist. …

#### **Kontakt**

Nina-Louisa Remuß  
Politik- und Wirtschaftsbeziehungen  
Büro Berlin-Mitte  
Markgrafenstr. 37  
10117 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 67 05 5 478  
Fax.: +49 (0) 30 67 05 5 475  
Email: Nina-Louisa.Remuss@DLR.de  
Internet: [www.dlr.de/pw](http://www.dlr.de/pw)